

Vorlage Nr.:
Stadtrat der Stadt Görlitz



Antrag-Nr. / **STR**

Beschlussantrag für die öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates am:

Zur Vorberatung in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am:
 In der Sitzung des Technischen Ausschusses am:

Gegenstand: Offener Brief am den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen – Kein Verkauf von Meldedaten für kommerzielle Zwecke

Anlagen: Offener Brief

Beschlussantrag: Der Stadtrat wolle beschließen:

Der Stadtrat beschließt, den in der Anlage befindlichen Brief und beauftragt den Oberbürgermeister der Stadt Görlitz, mit der Übersendung des Briefes an den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen.

Vortrag:
Folgt mündlich.

Für den Beschlussantrag zeichnen folgende Stadträte:

Thorsten Ahrens
für die Fraktion **Die Linke.**

für die Fraktion **Bürger für Görlitz/ Bündnis90-Grüne**

für die Fraktion **CDU/FDP**

Offener Brief der Stadt Görlitz an den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Tillich,

die Bundesregierung hat mit ihrer Mehrheit im Bundestag ein Gesetz beschlossen, welches ermöglicht, Adresdaten der Meldeämter an kommerzielle Adresshändler bzw. allgemein für kommerzielle Zwecke zu verkaufen.

Bitte sorgen sie mit den Stimmen von Sachsen dafür, dass Meldeämter nicht zu Datenlieferanten für Werbetreibende, Adresshändler und Auskunfteien werden. Das Gesetz muss im Bundesrat gestoppt werden.

Als Stadt Görlitz sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet und führen das Melderegister als hoheitliche Aufgabe. Wir sind nicht bereit, die uns pflichtgemäß überlassenen Daten unserer Einwohner zu verkaufen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir bitten Sie, zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern, dieses Gesetz im Bundesrat abzulehnen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen darauf vertrauen können, dass Daten, welche sie den Behörden überlassen haben, nur zur Ausübung von behördlichen Aufgaben genutzt werden. Wir sehen es mit großer Sorge, dass hier offensichtlich bewusst die Grenze zwischen Staat und Wirtschaft aufgehoben werden soll. Dies ist nach unserer Auffassung aber keine Wirtschaftsförderung sondern ein Vertrauensmissbrauch gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern. Wenn diese nicht mehr darauf vertrauen können, dass Daten, welche sie dem Staat zu Verfügung stellen, auch sicher vor kommerzieller Verwertung sind, warum sollten sie dann bei anderen Entscheidungen des Staates darauf vertrauen, dass dieser in ihrem Interesse handelt.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Stadt Görlitz wendet sich im Namen ihrer Bürgerinnen und Bürger an Sie und hofft, dass Sie in Ihrer Verantwortung als sächsischer Ministerpräsident die sächsischen Gemeinden davor bewahren, das Vertrauen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu verlieren und unsere Melderegister zu Adresshandeshäusern missbraucht werden.

Mit freundlichen Grüßen

Stadtrat der großen Kreisstadt Görlitz